



Lehren aus der Krise: Für eine neue Ordnungspolitik

Referat von Willy Spieler, Publizist und Mitglied der SP Zürich 2

Es gilt das gesprochene Wort.

1994 hat der Parteitag der SPS ein Wirtschaftskonzept verabschiedet, an dem sich die Geister schieden. Es übte heftige Kapitalismuskritik – bis hin zum nach wie vor zitierfähigen Satz: „Der Kapitalismus ist sozial, ökologisch und geographisch blind und zerstörerisch.“ Die neoliberale Globalisierung der Märkte wurde als „Klassenkampf von oben“ denunziert. „Die Logik des Kapitals“ müsse „sich national und international den demokratisch formulierten Bedürfnissen der Menschen unterordnen.“ Aber mehr oder weniger resigniert meinten die Verfasser, „in den kommenden 12 Jahren“ stehe „die Überwindung des Kapitalismus in den Industrieländern absehbar nicht auf der Tagesordnung“.

Im Auftrag der SP Kanton Zürich stellte ich den Antrag, dieses „Sozialismus-Moratorium“ zu streichen. Man könne nicht einerseits den Kapitalismus als „zerstörerisch“ verurteilen und andererseits nicht an seiner Überwindung arbeiten wollen. Die SP gewöhne sich sonst das Denken in Alternativen ab. Ich unterlag denkbar knapp mit 216 zu 209 Stimmen. Sonst hätte sich die SP Schweiz an die Überwindung des Kapitalismus gemacht...

Heute konfrontiert uns die Finanz-, Wirtschafts- und Umweltkrise erneut mit der Systemfrage. Selbst unser deutscher Genosse Raubein, alias Peer Steinbrück, fragt: „Ist dieses System eigentlich das, was uns die Gesellschaft noch zusammenhält, oder fliegt uns das Ganze auseinander?“ Den Bankern hat er gesagt: „Wenn Sie nicht wollen, dass Ihnen die Autos angezündet werden, dann müssen Sie auf das Gemeinwohl achten“ (Spiegel 20/2009).

Doch was der Linken heute fehlt, sind glaubwürdige Alternativen. Die Sozialdemokratie wird wohl auch deswegen von den Wählerinnen und Wählern fast europaweit abgestraft.

Der Neoliberalismus als Krisenverursacher

Die Krise, von der wir reden, hat einen Namen: Er heisst neoliberaler Kapitalismus, vielleicht auch Kapitalismus, der sich bis zu seiner neoliberalen Kenntlichkeit entlarvt. Die neoliberale Ideologie totalisiert den Markt und wird damit selber totalitär. Sie verteufelt alles Soziale, das dem Markt Grenzen setzen könnte. „Soziale Gerechtigkeit“ sei ein „Schlagwort des Sozialismus“, sagte Friedrich August von Hayek, die Leitfigur der neoliberalen Ideologen, die von einer „Marktwirtschaft ohne Adjektive“ träumen. Ein deutscher Ökonomieprofessor namens Hermann Sautter erklärte gar: „Der Markt sorgt in objektiver Weise für Solidarität, auch wenn die einzelnen das gar nicht so empfinden“ (Ökumenische Rundschau, Januar 1995, S. 464). Milton Friedman, der US-amerikanische Guru des Neoliberalismus, hat schon 1970 den berühmt-berüchtigten Satz verbrochen: „The social responsibility of business is to increase its profits“ (Titel eines Essays von 1970 für das Times Magazine). Ebenso gut könnten wir sagen, die einzige Aufgabe der Arbeitnehmenden sei es, Lohn zu beziehen oder Lohnerhöhungen zu erkämpfen.

Neu war der Neoliberalismus, als unter dieser Bezeichnung in der jungen BRD die Soziale Marktwirtschaft begründet wurde. Einer ihrer Vordenker, Alfred Müller-Armack, Staatssekretär in der Adenauer-Regierung, warnte davor, in die Marktwirtschaft „rätselhaftige Gleichgewichtskräfte hineinzugeheimnissen“. „Das Zutrauen in die Selbstheilungskräfte der Wirtschaft“ sei durch die „Wirtschaftskrisen“ vor dem 2. Weltkrieg längst widerlegt worden. Die „Marktwirtschaft“ sei „kein Vollautomat“, sondern lasse sich mit „einem der Bedienung und Steuerung bedürftigen Halbautomaten vergleichen“. Die „marktwirtschaftliche Ordnung“ müsse dem Gemeinwohl untergeordnet, d.h. durch „eine übergreifende Lebensordnung“ bestimmt werden (Wirtschaftslenkung und Marktwirtschaft, Hamburg 1947, 86ff.).

April, April! riefen die Neoliberalen nach 1989. Der Moor hatte seine Pflicht getan. Soziale Marktwirtschaft gehörte zum Kalten Krieg, damit der Kapitalismus sich in der damaligen Systemkonkurrenz behaupten konnte. Nachdem die Angst vor einem Systemwechsel gewichen war, konnte das konkurrenzlos verbliebene System sein Monopol durchsetzen. Ein NZZ-Leitartikel „Später Nachruf auf die Sowjetunion“ (28./29.12.96) meinte, „die soziale Herausforderung, welche die Sowjets lanciert“ hätten, sei jetzt „hinfällig“ geworden. Im Systemwettbewerb mit den sozialistischen Staaten habe der Kapitalismus noch beweisen müssen, „dass die eigene Seite dem Einzelnen auch an sozialem Schutz unvergleichlich mehr bot“. Heute sei dieser Wettbewerb „nicht einmal eine Erinnerung mehr wert“.

„Ordnungspolitik“ nennt dieser Neoliberalismus seine sozialetische Persionen. Ich plädiere dafür, den Begriff durch eine echte Ordnung zu ersetzen: durch den Vorrang des Gemeinwohls vor dem Markt, den Vorrang des Menschen vor dem Profit, den Vorrang der Arbeit vor dem Kapital, aber auch den Vorrang des qualitativen vor dem quantitativen Wachstum.

1. Vorrang des Gemeinwohls vor dem Markt

Die Krise zeigt, wohin es führt, wenn nicht dem Gemeinwohl, sondern dem Markt der Vorrang eingeräumt wird. Der Fall UBS brachte es an den Tag. Noch Ende 1997 warnte der Geschäftsbericht der Eidgenössischen Bankenkommission: „Der Marktanteil der Grossbanken im Inland hat im Laufe des letzten Jahrzehnts ein Ausmass erreicht, welches einem Systemrisiko gleichkommt, das durch die angekündigte Fusion der UBS mit dem SBV noch zusätzlich an Bedeutung gewonnen hat.“

Wenn die Aufsichtsbehörden die UBS-Fusion dennoch zuliessen, dann in Rücksicht auf die Stellung des Unternehmen im „internationalen Wettbewerb“ (Kartellgesetz, Art. 10 Abs. 4). Sie schwangen die Globalisierungskeule, derweil sie voll in die Globalisierungsfalle tappten. Dass der internationale (Finanz-)Markt jede nationale und demokratisch legitimierte Wirtschaftspolitik aushebeln sollte, war ja das erklärte Ziel seiner Akteure. Am WEF 1996 in Davos hatte Hans Tietmeyer, der damalige Präsident der Deutschen Bundesbank, den anwesenden Regierenden aus aller Welt zugerufen: „Von nun an stehen Sie unter der Kontrolle und Herrschaft der Finanzmärkte!“ (zit. Jean Ziegler, Die neuen Herrscher der Welt, München 2003, 99; siehe auch FAZ 3.2.1996). Die Staatsmänner und Staatsfrauen dankten es Tietmeyer mit lang anhaltendem Beifall. Sie hatten sich nicht nur selbst entmachtet, sie waren mit ihrer Kapitulation vor dem globalen und totalen Markt auch das grösstmögliche Systemrisiko eingegangen, wie die Krise seit dem letzten Jahr zeigt.

Heute verlangt das Gemeinwohl ultimativ, eine Grossbank wie die UBS zu filettieren. Das „too big to fail“ darf keine indirekte Staatsgarantie mehr bedeuten. Es gibt aber auch das „too big to be managed“, das Dinosauersyndrom, das vor lauter Masse das Gehirn überfordert. Megaunternehmen können an ihrer eigenen, nicht mehr überblickbaren, nicht mehr steuerbaren Grösse zugrunde gehen. Wenn der Markt in zehn Jahren noch immer Englisch spricht, sagt er vielleicht wieder „Small is beautiful“. Solange können wir nicht warten. Die SP schlägt die Trennung des Investment Banking vom Kreditgeschäft vor. Wir hätten im Fall UBS noch weitergehen können. Warum nicht die KMU-Geschäftskonten an Kantonalbanken übertragen? Warum nicht die Bankangestellten an den unternehmerischen Entscheidungen beteiligen?

Es gäbe weitere Beispiele für den Vorrang des Gemeinwohls vor dem Markt. Eines ist unsere SP-Initiative für einen Mindestlohn, ein anderes die JUSO-Initiative für ein Lohnverhältnis von höchstens 1 zu 12. Das wäre die echte Ordnungspolitik, die Verzerrungen der Einkommens- und Vermögensdistribution nicht einfach als Ergebnis des marktwirtschaftlichen Prozesses akzeptiert, sondern sozial- und gesellschaftspolitisch korrigiert. Die Initiativen werden die Stimmenden mit dem Vorrang von Gemeinwohl und Demokratie vor Kapital und Markt konfrontieren.

2. Vorrang des Menschen vor dem Profit.

Die neoliberalen Ökonomen sind keine Wissenschaftler, sondern Gläubige. Sie glauben an die Unsichtbare Hand des Adam Smith, die selbst die noch so egoistischen Interessen der wirtschaftenden Subjekte zum Wohl des Ganzen lenkt. Oder mit den Worten von Keynes, der nach der Weltwirtschaftskrise 1929 meinte: „Der Kapitalismus basiert auf der merkwürdigen Überzeugung, dass widerwärtige Menschen aus widerwärtigen Motiven irgendwie für das allgemeine Wohl sorgen werden“ (Zit. Spiegel 20/2009, 11.5.09).

In der Neujahrsausgabe 1996 schwärmte die NZZ vom „internationalen Kapital“, „das rund um den Erdball auf die Suche nach dem ‘besten Wirt’ geht, das weltweit vergleicht und evaluiert und das gerade aus seiner Heimatlosigkeit Effizienz und Schnelligkeit schöpft“. Entstanden ist daraus eine Vermögensblase der vagabundierender Billionen, die, angezogen von immer neuen Finanzprodukten, nicht mehr in die Realwirtschaft investiert wurden. In der virtuellen Welt der Spekulation mit Währungen, Devisen, Optionen ist Geld vom Zahlungsmittel zur Ware geworden.

Die Gier nach Geld, nach Boni, nach Eigenkapitalrenditen von 20 bis 30 Prozent ist nicht eine Entgleisung, sondern die Konsequenz dieses auf Gewinnmaximierung beruhenden Systems. Aber systemkonform heisst nicht auch weltkonform. In welcher Welt leben wir, wenn sich Ende 2008 die Wallstreet-Banker 18 Mia. Dollar an Boni auszahlen, zehnmal mehr als im selben Jahr an globaler Hilfe für eine Milliarde hungernder Menschen erbracht wurde (TA 12.9.09)?

Gegen dieses System helfen nur globale Strategien wie die Wiedereinführung von Kapitalverkehrskontrollen, die Verhinderung der Steuerflucht und die Schliessung der Offshore-Finanzplätze. Von grösster Bedeutung wäre eine Devisentransaktionssteuer (Tobin-

Tax), die bei einem Steuersatz von 0,1 Prozent der Völkergemeinschaft jährlich gegen 150 Mia. Dollar einbringen würde. Damit liesse sich nicht nur die Armut bekämpfen und in den Klimaschutz investieren, sondern erst noch die Überliquidität der Finanzmärkte abbauen.

3. Vorrang der Arbeit vor dem Kapital.

Das einzige Kriterium, das sich der neoliberale Marktfundamentalismus gefallen lässt, ist dasjenige der Effizienz. Aber was ist das Ziel dieser Effizienz? Etwa Arbeit für alle? Etwa das Ende des weltweiten Hungerproblems? Etwa die Abwehr der Klimakatastrophe? Nein, es ist „der Unternehmenserfolg“, der laut NZZ „am ökonomischen Wert gemessen werden sollte, der für die Eigentümer geschaffen wird“ (24./25.8.96), also am Shareholder value.

Darum kommt Kapital vor Arbeit. Darum legitimieren Aktionärsinteressen den Abbau von Arbeitsplätzen, auch wenn das Unternehmen satte Gewinne verzeichnet. (Aktuellstes Beispiel ist die Verlagerung bzw. Ausweidung der Firma Studer Revox in Regensdorf.) Hauptsache, die Gewinne könnten noch höher ausfallen. Das ist die Perversion dieser „Ordnungspolitik“, dass sie dem Kapital den Vorrang vor der Arbeit einräumt, während sozialetisch der umgekehrte Vorrang der Arbeit vor dem Kapital gelten müsste.

Der arbeitende Mensch engagiert sich mit seiner ganzen Person, mit seinen beruflichen und menschlichen Fähigkeiten sowie mit einem hohen Anteil an Lebenszeit. Demgegenüber leistet das Kapital keinen wirklich existentiellen Einsatz. Kapital ist eben nur Mittel, Arbeit dagegen ein Wert an sich selbst. Die Würde des Menschen ist nicht abhängig von Kapitalbesitz, wohl aber von sinnvoller Arbeit.

Dass es auch anders ginge, beweist die weltweit grösste Produktivgenossenschaft mit inzwischen 100 000 Beschäftigten: Mondragón mit Sitz in der gleichnamigen Stadt im spanischen Baskenland. Hier wird das oberste Management demokratisch gewählt, sein Maximallohn darf das Siebenfache des niedrigsten Lohns nicht überschreiten. Das Kapital, wozu auch eine Bank gehört, steht im Dienst der Arbeit, nicht umgekehrt.

Die „Botschaft aus Mondragón“ lautet:
„Die Ökonomie wird erst ökonomisch,
die Demokratie erst demokratisch,
wenn die Ökonomie demokratisch wird.“

4. Vorrang des qualitativen vor dem quantitativen Wachstum

Wirtschaftsdemokratie ist der Kerngehalt aller bisherigen Programme der SP Schweiz. An dieser Vision gilt es festzuhalten, sie ist aber auf das neue Ziel des ökologischen Umbaus der Wirtschaft auszurichten.

Es ist geradezu obszön, wenn heute die Finanzkrise gegen die Umweltkrise ausgespielt wird. Wir sitzen auch gegenüber der Natur auf faulen Krediten. Wenn wir mehr Rohstoffe und mehr Klima in Anspruch nehmen, als die Natur hergibt, dann zerstören wir unsere eigenen Lebensgrundlagen und mehr noch diejenigen der nachfolgenden Generationen. Wäre die Natur eine Bank, die Staaten hätten sie schon längst gerettet.

Das neue Wirtschaftskonzept der SPS verbindet den „ökologischen Umbau unserer Wirtschaft“ mit der Forderung, „qualitativ zu wachsen, um quantitativ schrumpfen zu können“. Warum nicht die angesparten Gelder der Zweiten Säule in diese Zukunftswirtschaft einbringen und hier erst noch krisenresistent anlegen? Ein vom Volk gewählter Wirtschaftsrat oder Zukunftsrat könnte diese Zukunftswirtschaft durch die Kreditvergabe nach ökologischen und sozialen Richtlinien steuern.

*

Wir brauchen nicht Notoperationen, um die Wunschzettel der Wirtschaft, ihr voran der UBS, zu erfüllen. Wir brauchen vielmehr Alternativen, die dieses System nachhaltig verändern. Alternativen, ja Visionen gehören auch zur Identität einer linken Partei. Es gibt zwar sog. Macher, die uns das zynische Wort um die Ohren schlagen, wer Visionen habe, brauche einen Arzt. Lieber ist mir das Widerwort aus den Sprüchen Salomos (29,18): „Ein Volk ohne Vision geht zugrunde.“ Auch eine Partei ohne Vision geht zugrunde. Ziehen wir diese Lehre aus der Krise, liebe Genossinnen und Genossen.